

„Ein Bewusstsein, imstande die Schrecken zu gewahren und nicht tödlich getroffen zu sein“ – Gewalt in Israel

In Volker Brauns Theaterstück *Limes. Mark Aurel*, das im letzten Frühjahr uraufgeführt wurde, erklärt in einer Szene der Leibarzt des Kaisers, der berühmte Mediziner Galen, dem Sohn des Marc Aurel, Commodus, die Reaktion der Menschen auf eine Welt, die von Gewalt und Krieg bestimmt ist:

„Ich verstehe unter Grausamkeit die einzigartige und darum unwiderrufliche Eigenart des Realen, sich nicht von uns fernzuhalten und seine Härte nicht durch irgendeine Beiläufigkeit oder Haut zu mindern.

Bei einem Konflikt sieht der Mensch, der instinktiv spürt, dass es seine Kräfte übersteigt, keinen anderen Weg, als sich unverzüglich zu entscheiden, sei es zugunsten des Realen, sei es zu seinen Gunsten.

Die Akzeptanz des Realen setzt entweder reine Gedankenlosigkeit voraus – wie bei Epikurs Schwein, das an Bord des absaufenden Schiffs sich suhlt, während die Mannschaft in Panik starrt –, oder ein Bewusstsein, imstande, die Schrecken zu gewahren und nicht tödlich getroffen zu sein.“¹

Diese Passage verdeutlicht ein Grundproblem aller Diskussionen über den israelisch-palästinensischen Konflikt: Letzteres – „ein Bewusstsein, imstande, die Schrecken zu gewahren und nicht tödlich getroffen zu sein“ – ist vonnöten, um einen klaren Blick auf die Situation der Konfliktparteien zu bekommen.

Die Konfrontation mit der Gewalttätigkeit der politischen Wirklichkeit ist nicht immer zu ertragen. Man kann die Realität verdrängen, sich gegen das Reale entscheiden – durch Gedankenlosigkeit, aber auch durch die natürliche Bestrebung, selbst dann einigermaßen glücklich zu leben, wenn das Leben zu einem guten Teil von Gewalt geprägt ist. Dies lässt sich auch in Israel und Palästina beobachten.

Möglich ist es auch, das Reale durch die Flucht in eine politische oder religiös-politische Traumwelt zu verdrängen: Die hermetisch abgeschlossene Welt eines Jugendlichen, der sich auf ein Selbstmordattentat vorbereitet und dessen sorgfältig geweckte Todesbereitschaft zu einem militärischen Instrument wird – die mit biblischen Zitaten begründeten Forderungen radikal-religiöser Siedler – ganz allgemein, politische Konzepte, die sich an einer Vergangenheit orientieren, die imaginiert oder zumindest unwiderruflich vorbei ist. – Dies sind beredte Zeugnisse, dass im Nahen Osten Realitäten durch die Flucht in politische oder religiöse Traumwelten gelehrt werden.

Die Auseinandersetzungen zwischen Israel und den Palästinensern sind in der Vorstellung der Konfliktparteien die Fortsetzung eines weit in die Vergangenheit zurückreichenden Kampfes um Land und Lebensmöglichkeiten. Das Gespräch über den Konflikt führt oft in die Vergangenheit zurück. Die Erinnerungen, Überlieferungen und religiösen Vorstellungen der Konfliktparteien wurden im Verlauf des Konfliktes zu historischen Argumenten und

Rechtfertigungen geformt, die die politische Realität überlagern und eine Akzeptanz dieser Realität unmöglich machen.

Geschichte wird als Argument in der politischen Auseinandersetzung missbraucht. Dies hat Folgen für Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien: Jegliche historische Bezugnahme, jedes „historisch verbrieftes Recht“ wirkt einer Lösung entgegen. Denn Geschichte, zumal eine (wie im israelisch-arabischen Konflikt) oft nur imaginierte, ist als auf eine Lösung gerichtetes Argument untauglich: „Historische Rechte“ schließen Kompromisse weitgehend aus.

Jede Diskussion von Lösungsvorschlägen – und eine dieser vorangehende Analyse der Situation – muss aber von einer Akzeptanz des Realen ausgehen. Ich formuliere es einfach und radikal: Es wird – auch wenn endlich wieder Verhandlungen aufgenommen werden – weiterhin Terroranschläge geben; es werden nicht alle Siedlungen aufgelöst werden, aber Israel wird Siedlungen räumen müssen; eine Rückkehr nach Israel ist für die palästinensischen Flüchtlinge und Vertriebenen von 1948 undenkbar. Die Liste lässt sich fortsetzen. Es ist dies die bittere Realität für alle Konfliktparteien.

Eine auf mögliche Lösungen gerichtete Analyse des Konflikts muss auf jede Art von historischer Argumentation zu politischen Zwecken verzichten. Dies gilt umso mehr, als zahlreiche historische Bezugnahmen auf religiösen Überzeugungen beruhen, die Kompromisse nicht zulassen.

Ausgangspunkt für Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien, die zu einer Verbesserung der Situation führen, kann demnach nur der Status Quo sein und seine machtpolitischen Konsequenzen, nicht politische oder ideologische Wünsche und Sehnsüchte.

1. Verhandlungspositionen

Zunächst gilt es festzustellen: Im Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern – der israelisch-arabischen Konflikt wird hier nicht untersucht – hat sich die Gesamtsituation in den letzten Jahren für beide Parteien stetig verschlechtert. Der „Friedensprozess“ zwischen 1992/93 und 2000 hat an dieser Situation nur vorübergehend etwas geändert. Die militärische und politische Situation beider Konfliktparteien ist heute von großer Unsicherheit und einer Eskalation der Gewalt auf beiden Seiten geprägt.

So wird die Sicherheit der israelischen Bevölkerung immer wieder durch Terroranschläge gefährdet. Betroffen von diesen Anschlägen sind nicht nur die Armee oder die Siedler in den besetzten Gebieten, sondern auch die Bevölkerung des israelischen Kernlandes; die israelische Zivilbevölkerung ist zum Hauptziel palästinensischer Angriffe geworden. Die israelische Menschenrechtsorganisation B'Tselem zählt seit dem 29. September 2000 insgesamt 623 von Palästinensern getötete israelische Staatsbürger: 168 Zivilisten und 136 Angehörige des israelischen Militärs wurden in den besetzten Gebieten getötet, 256 Zivilisten und 63 Militäranghörige innerhalb Israels. Unter den Getöteten waren insgesamt 78 Kinder und Jugendliche.²

Die Lage der Palästinenser hat sich seit der ersten Hälfte der neunziger Jahre ebenfalls verschlechtert. Seit dem 29. September 2000 wurden 1527 Palästinenser in den besetzten Gebieten durch israelische Sicherheitskräfte getötet, darunter 295 Kinder und Jugendliche.³

Was kann in dieser Situation getan werden? Schon die erste *Intifada* von 1987 bis 1992 hatte für Israel gezeigt, dass die palästinensischen Gebiete mit militärischen Mitteln nicht zu kontrollieren sind. Eine Beendigung des Konflikts durch militärische Maßnahmen ist unter den gegebenen Umständen auch jetzt nicht zu erwarten.

Die bisherigen Friedenspläne zum israelisch-palästinensischen Konflikt haben keinerlei Erfolg gezeitigt. Auch der bisher vielversprechendste Vorstoß – der Oslo-Prozess – muss als gescheitert gelten: Die derzeitigen Unruhen und Kämpfe stellen die Auseinandersetzungen während der ersten *Intifada* sogar weit in den Schatten.

Gewalt und Gegengewalt regieren also seit Ende der achtziger Jahre zwischen Israel und den Palästinensern. Es ist zu befürchten, dass dadurch über Zeit auch die Friedensverträge Israels mit Ägypten und Jordanien in Frage gestellt werden. Kronprinz Abdullah von Saudi-Arabien hat dies in der Grundbedingung seiner Friedensinitiative vom Februar 2002 deutlich gemacht: Eine Anerkennung Israels durch alle arabischen Staaten erfolgt nur im Gegenzug für die Schaffung eines palästinensischen Staates in den im Sechs-Tage-Krieg besetzten Gebieten, aus denen sich Israel vollständig zurückziehen müsse.⁴

Der Friedensplan Abdullahs ist eine Variante ähnlicher Pläne (einschließlich des Oslo-Prozesses), die auf dem Prinzip „Land gegen Frieden“ beruhen. Alle diese Pläne enthalten eine mittlerweile grundsätzlich von beiden Seiten akzeptierte Annahme: Israel gibt die militärische und politische Kontrolle der seit 1967 besetzten Gebieten ganz oder teilweise auf, ein palästinensischer Staat wird gegründet, Israels Existenzberechtigung als Staat wird von arabischer Seite anerkannt.

Auch der im Juni 2002 vorgestellte Friedensplan von Präsident Bush basiert auf diesen Vorstellungen, obwohl er die Errichtung eines palästinensischen Staates an eine Reihe von Bedingungen knüpft, namentlich an die Wahl einer neuen palästinensischen Führung, und eine grundlegende Reform der palästinensischen Institutionen.⁵ Obwohl also über diese Prinzipien – wenn auch nicht über Umfang und Details – weitgehend Einigkeit besteht, sind alle Bemühungen auf Grundlage dieser Bedingungen eine stabile Friedensordnung zu schaffen, bisher gescheitert.

Ein Grund des Scheiterns sind die historisch-religiösen Bezugnahmen, die den Parteien den Blick auf das real Erreichbare verstellen. Die Gründe liegen teils aber auch in der Simplizität des Grundsatzes „Land gegen Frieden.“ Die Vorstellung, Land gegen Frieden (oder Sicherheit) einzutauschen, ist trügerisch, weil ein solcher Tausch nicht notwendigerweise zu einer Befriedung der Situation führt. Das ist bei den Versuchen offenbar geworden, das Oslo-Abkommen zu implementieren. In diesem Abkommen hatte sich Israel dazu verpflichtet, den Palästinensern in der Westbank und Gaza ein gewisses Maß an Autonomie zuzugestehen. Ein Ende gewalttätiger Übergriffe gegen israelische Staatsbürger oder auch nur ein signifikanter Rückgang derselben war aber nicht zu verzeichnen.

Eine Verhandlungslösung muss daher über den Grundsatz "Land gegen Frieden" hinaus sorgfältig die von den Konfliktparteien gestellten Bedingungen einer Friedensordnung bedenken. Die Rückgabe von Land (und die Gewährung staatlicher Souveränität) ist hierbei eine notwendige, aber keineswegs eine hinreichende Bedingung. Die Formel „Land gegen Frieden“ muss durch die etwas kompliziertere Formel „Sicherheit und Anerkennung gegen Souveränität und wirtschaftlich-soziale Entwicklung“ ergänzt werden.

Was sind die grundlegenden Bedingungen der Konfliktparteien, die zu bedenken sind?

a) Die israelische Perspektive

Aus israelischer Sicht muss eine Verhandlungslösung vor allem drei Anliegen Rechnung tragen:

- (1) Sicherheitspolitischen Erwägungen,
- (2) religiös-ideologischen Vorstellungen und
- (3) Überlegungen zur Zusammensetzung der Bevölkerung.

(1) An erster und wichtigster Stelle steht *Sicherheit*. Hier ist zunächst zu beachten, dass die Gewalterfahrung und damit die Weise, wie die Unsicherheit durch die jeweilige Bevölkerung empfunden wird, in Israel und in den besetzten Gebieten verschieden sind: Die Israelis im Staat Israel sehen sich mittlerweile mit einer nahezu ständigen Bedrohung durch die Taten Einzelner oder kleinerer Gruppen konfrontiert. Die Bürger Israels müssen in ihrem Lebensalltag ständig mit der Gefahr leben, zum Opfer eines Anschlags eines Selbstmordattentäters zu werden.

Mit dem Friedensprozess der 1990er Jahre war die Hoffnung verbunden, dass die Transformation der PLO von einer militärischen zu einer politischen Organisation und die Integration ihrer Mitglieder und Kämpfer in quasi-staatliche Einrichtungen über Zeit Sicherheit und Frieden bringen würde. Eine grundlegende Verbesserung hat sich aber nicht eingestellt. Wie es dazu kam, wird im folgenden zunächst kurz skizziert.

Es gibt eine Reihe von nationalistischen und/oder islamistischen Organisationen, die den Friedensprozess prinzipiell ablehnen und – anders als die meisten arabischen Staaten und die Führung der PLO – die Existenz Israels nicht akzeptieren. Die Annahme, dass eine international anerkannte, institutionell gefestigte palästinensische Führung diese Gruppen unter Kontrolle halten werde, hat sich als falsch erwiesen. Einmal, weil Arafat und seine Berater eine Konfrontation mit diesen Gruppen vermeiden wollen, um nicht einen Bürgerkrieg heraufzubeschwören, und zum anderen, weil die palästinensische Führung (wohl auch Arafat) nicht vollständig von einem Verzicht auf das „ganze Palästina“ überzeugt ist.⁶

Es entstand so seit 1992 ein politischer und militärischer Freiraum für terroristische Gruppen, den diese benutzten, um ihren Einfluss stetig zu erweitern.⁷ Dies führte zu einer von Arafat zuweilen geduldeten Aktivität radikaler Gruppen.⁸ Es kam vermehrt zu Anschlägen.

Arafats Versuch, bei Verhandlungen palästinensischen Terror als Folge israelischer Unnachgiebigkeit darzustellen und so Druck auf Israel auszuüben, scheiterte. Das Gegenteil war der Fall: Israel antwortete auf fast jeden Anschlag mit einer militärischen Eskalation.

Dies wiederum stärkte die radikalen Organisationen, die weiter an Einfluss gewannen. Arafat lavierte und versuchte, den Tiger zu reiten – rückblickend weitgehend erfolglos.

Premierminister Scharon versuchte, dieser von ihm als primär militärisch-politisch verstandenen Entwicklung des Konflikts mit militärischen Mitteln zu begegnen. Dabei bezog er sich auf seine politische und militärische Erfahrung. Er ist überzeugt, dass es nur ein Mittel gibt, der Gewalt zu begegnen: Gegengewalt.⁹

Schon kurz nach der Staatsgründung Israels wurde diese Strategie von Gewalt und Gegengewalt sichtbar: Zwischen 1951 und 1956 wurde Israel von einer Vielzahl blutiger Anschläge heimgesucht, bei denen insgesamt 922 Israelis, darunter viele Frauen und Kinder, starben.¹⁰ Die israelische Armee begann eine konsequente Politik der Vergeltung.¹¹ Die Vergeltung schloss eine gezielte militärische Eskalation ein. Zivile Opfer wurden in Kauf genommen. In den fünfziger Jahren hatte Israel mit dieser Strategie Erfolg.¹² Die Zahl der Anschläge ging zurück. Ariel Scharon war als Befehlshaber von Kommandoeinheiten an der Durchführung dieser Politik an vorderster Front beteiligt.

In den späten sechziger und frühen siebziger Jahren hatte diese Strategie – gegen Terroristen, die aus Jordanien in die Westbank eindrangen, und Gruppen, die im Gaza-Streifen operierten – erneut Erfolg.¹³ Maßgeblich beteiligt an der Planung und Durchführung dieser Politik war wiederum General Ariel Scharon, nunmehr als Oberkommandierender des Südabschnitts.

Die gegenwärtige militärische Situation scheint Scharon und der israelischen Militärführung also bekannt zu sein. Eine konsequente Bekämpfung des Terrors schließt dabei die Inkaufnahme ziviler Opfer ein. Dies zeigte in besonderer Deutlichkeit der gezielte Anschlag israelischer Sicherheitskräfte auf den Hamas-Aktivisten Saleh Shehadeh im Sommer 2002. Bei der Operation starben fünfzehn Zivilisten.

In einem Interview mit der Zeitung *Ha'aretz* erläuterte der Kommandeur der israelischen Luftwaffe, Dan Halutz, das Vorgehen der Streitkräfte. Man kann mit diesem Interview das derzeitige militärisch-strategische Denken Israels gut verdeutlichen – deswegen werde ich eine Passage daraus zitieren. Halutz trat dem Vorwurf, die militärische Führung habe aufgrund unzureichender Information falsch gehandelt und mithin versagt – d.i. zivile Opfer verursacht –, vehement entgegen:

Ha'aretz: „(...) waren diese nachrichtendienstlichen Informationen, die Sie unterstützen sollten, die Ursache Ihres Versagens?“

Dan Halutz: „Versagen? Aufgrund welcher Kriterien? Wer sind diejenigen, die diese Behauptung aufstellen und diese Kriterien definiert haben? Ich muss feststellen, dass alles, was vor dieser Mission geschah, vor meinem moralischen Urteil Bestand hat [...]. Denn über wen und was sprechen wir hier? Über einen Menschen, der das vollkommene Urbild der Verkörperung des Bösen war. Ein Wörterbuch, das den Begriff ‚Terrorist‘ bestimmen wollte, müsste nur seinen Namen als Synonym einsetzen. Er hat mehr als nur ein paar, mehr als nur einige paar Dutzend Angehörige der jüdischen Nation ermordet.“

Ha'aretz: „Dies ist also die Rechtfertigung für seine Liquidierung, aber was ist mit den unschuldigen Menschen, die getötet wurden?“

- Dan Halutz:* „Das Ergebnis besteht aus zwei Teilen: Erstens aus einem vollkommen positiven Ergebnis, weil wir die Zielperson getroffen haben. Das zweite Resultat, für das wir unser Bedauern ausgedrückt haben, ist, dass unbeteiligte Zivilisten verletzt wurden.“
- Ha'aretz:* „Meinen Sie nicht ‚unschuldige Zivilisten‘?“
- Dan Halutz:* „Ich sage mit Absicht ‚unbeteiligte Zivilisten‘, denn wir wissen mit Sicherheit, dass auch die größten Terroristen sich manchmal hinter einer zivilen Tarnung verbergen.“
- Ha'aretz:* „Sie werden aber doch zustimmen, dass zumindest die acht Kinder und Säuglinge unschuldig waren?“
- Dan Halutz:* „Natürlich.“
- Ha'aretz:* „Und Sie wurden getötet, weil Sie auf der Grundlage unrichtiger Informationen handelten?“
- Dan Halutz:* „Die Informationen waren durchaus korrekt. Es ist allerdings manchmal so, dass Sie nicht alles kontrollieren können, was an einem Ort geschieht, der der direkten Beobachtung entzogen ist. Rückblickend hat sich herausgestellt, dass ich ganz einfach über einen Teil der Informationen nicht verfügte; dies änderte sich im Verlauf der Mission.“
- Ha'aretz:* „Und bewerten Sie dies als einen nachrichtendienstlichen Fehler, oder sehen Sie die Ursache des Fehlers anderswo?“
- Dan Halutz:* „Nein. Der Entscheidungsprozess war korrekt, ausgewogen, angemessen und vorsichtig. Das Problem lag in den Informationen, und diese Informationen änderten sich. Ich weise jegliche Kritik an dieser Operation zurück, an ihrer Vorbereitung und Durchführung ebenso wie an ihrem Abschluss. Im Rahmen meiner moralischen Werte stimmt es mich sehr traurig, dass unbeteiligte Zivilisten und unschuldige Kinder getötet wurden. Das tut mir leid. Doch die Ursache dafür ist nicht ein professionelles Problem.“¹⁴

Dan Halutz beschreibt hier – in großer Offenheit – ein Grundproblem der Terrorbekämpfung aus israelischer Sicht: die Inkaufnahme unschuldiger Opfer.¹⁵ Durch jede dieser Aktionen steigt die palästinensische Gewaltbereitschaft an, das Ziel, die Sicherheit der Zivilbevölkerung zu gewährleisten, wird langfristig verfehlt, auch wenn kurzfristig die Operationsfähigkeit terroristischer Gruppen eingeschränkt wird.

Folgender Hinweis scheint an dieser Stelle erforderlich, um Missverständnisse zu vermeiden: Die Ziele der israelischen Militäraktionen sind stets Personen, von denen eine Gefahr für die israelische Zivilbevölkerung ausgeht – weil sie entweder einen Anschlag verüben werden oder an dahingehenden Planungen beteiligt sind. Die israelische Armee nimmt bei ihren Aktionen gegen diese Personen zivile Opfer und die Zerstörung ziviler Einrichtungen in Kauf. Weil aber die israelische Armee nie vorsätzlich die Zivilbevölkerung angreift, ist es verfehlt, von „israelischem Staatsterrorismus“ zu sprechen. Die Strategie der radikalen Palästinensergruppen zielt dagegen praktisch ausschließlich auf die Tötung von Zivilpersonen ab, hier kann man von „Terrorismus“ sprechen. Auch diese Strategie muss jedoch – freilich nicht im Sinne einer moralischen Bewertung – als Teil eines rationalen militärischen Kalküls verstanden werden.

Die aufgrund eines solchen Terrorismus notwendigen Sicherheitsmaßnahmen beeinträchtigen die israelische Zivilbevölkerung: Ausgangssperren, Einschränkung von Bewegungsfreiheit im ganzen Land, ständige Kontrollen und die mit diesen Maßnahmen verbundenen Beeinträchtigungen für das Wirtschaftsleben und die sozialen und familiären Kontakte treffen die gesamte Bevölkerung Israels. Psychologen weisen darauf hin, dass die permanente Gefährdung und die damit erforderlichen Vorkehrungen zu einer schleichenden Veränderung der Lebenseinstellung führen: Kontrollen bringen einen Eingriff in die Persönlichkeitsrechte mit sich, oft in den persönlichen und intimsten Bereich der kontrollierten Personen. Die Furcht, Opfer eines Anschlags zu werden, verändert Gewohnheiten: Cafés, Einkaufszentren, Diskotheken etc. werden gemieden. Die Aufsicht über Kinder wird verschärft, ihr Bewegungsspielraum eingeschränkt. Es ist schwer abzusehen, welche Langzeitfolgen diese Einschränkungen haben werden.¹⁶ In Israel ist die Frage und das Thema „Sicherheit“ in allen Lebensbereichen gegenwärtig.

Eng mit der Sicherheitsfrage verknüpft ist die Siedlungsproblematik. Sie gewann an Bedeutung nach dem Amtsantritt der ersten Likud-Regierung unter Menachem Begin nach den Wahlen vom 17. Mai 1977. Bereits im September 1977 präsentierte der israelische Landwirtschaftsminister und Vorsitzende des Kabinettsausschusses für Fragen der Besiedlung (der besetzten Gebiete), Ariel Scharon, dem Kabinett seine Vorstellungen über die Notwendigkeit und den Zweck von Siedlungen im Westjordanland, Gaza und den Golanhöhen.

Im Vordergrund stand die Besiedlung des Westjordanlandes. Die zu gründenden Siedlungen sollte einen militärischen Schutz für die Küstenebene schaffen, in der die wichtigsten Industrie- und Bevölkerungszentren Israels liegen, religiöse Motive blieben beim Siedlungsbau zunächst im Hintergrund.

Die Besetzung und Besiedlung des Westjordanlandes gibt Israel nicht nur strategische Tiefe (an seinen schmalsten Stellen ist der Küstenstreifen nur wenige Kilometer breit und kann durch militärische Vorstöße schnell geteilt werden), die Beherrschung der Höhenzüge in den westlichen Teilen der besetzten Gebiete sichert das israelische Kernland vor einem Angriff von Außen, der durch die palästinensische Kontrolle dieser Höhen beträchtlich erleichtert würde; er ermöglicht im Umkehrschluss ein militärisches Vordringen nach Osten.

Diese erste Kette von Siedlungen bedurfte nach Scharons Überzeugung einer zweiten Reihe von Siedlungen weiter im Osten entlang des Jordans. Diese sollten die Grenze zu Jordanien vom Beit-Shean-Tal im Norden bis zum Toten Meer im Süden sichern und das Eindringen von Guerilla-Verbänden aus Jordanien nach Israel erschweren. Gleichzeitig waren diese Siedlungen als Riegel gegen die jordanische Armee gedacht, sollte es zwischen Israel und Jordanien zu einem Krieg kommen.¹⁷

Deutlich zeigt sich hier die Verbindung zur israelisch-arabischen Dimension des Nahostkonfliktes: Die Besetzung palästinensischer Gebiete war nicht allein Folge der andauernden Auseinandersetzungen zwischen Juden und Palästinensern innerhalb Israels, sondern gewann durch die strategische Funktion der Siedlungen auch eine sicherheitspolitische Bedeutung im israelisch-arabischen Konflikt.

Alle diese Siedlungen wurden mit neu errichteten und von Militär gesicherten Straßen verbunden. Sie ermöglichen die Kommunikation der Siedlungen untereinander und mit dem Kernland. Das Westjordanland wurde so mit einem Netz von Siedlungen und Verbindungsstraßen überzogen, das jederzeit militärische Kontrolle und Beherrschung des Gebiets durch Abriegelungen und Teilungen erlaubt.¹⁸

(2) Religiöse Vorstellungen und Ansprüche begannen die „nüchternen“ militär-strategischen Überlegungen seither zunehmend zu überlagern. Teile der israelischen Bevölkerung messen den besetzten Gebieten große emotionale, historische und religiöse Bedeutung zu. Zu den militär-strategischen Motiven traten in der Siedlungspolitik also bald andere, *religiös-ideologische Überlegungen*. Die Siedlungen wuchsen seit dem Ende der siebziger Jahre stetig an, wurden ausgebaut und durch neue Siedlungen ergänzt. Es entstanden freie – oft illegale – meist von radikal-religiösen Gruppen gegründete Siedlungen – oft an Orten, denen eine besondere historische oder religiöse Bedeutung zugesprochen wurde. Je nach der politisch-religiösen Bedeutung der einzelnen Gebiete werden Rückzug und Aufgabe der Siedlungen dadurch ein schwieriges Unterfangen.¹⁹

Dies gilt in besonderem Maße für Jerusalem (Ostjerusalem). Das ganze Jerusalem, die „Heilige Stadt“ der Juden, ist die Hauptstadt Israels. Eine erneute Teilung der Stadt ist nur schwer vorstellbar. Jerusalem war nach der Eroberung des Ostteils der Stadt 1967 durch einen Beschluss des israelischen Kabinetts als ganzes der Verwaltungshoheit Israels unterworfen worden. Der Oberste Gerichtshof bestätigte diese Auffassung in mehreren Entscheidungen. 1980 verabschiedete die Knesset schließlich das sogenannte Jerusalem-Gesetz, das den Status Jerusalems auf Dauer festschreibt und die Bestimmung beinhaltet, dass „das ganze und vereinigte Jerusalem [...] die Hauptstadt Israels“ ist.²⁰ Besonders der jüdische Teil der Altstadt, die Westmauer des Tempelberges (Klagemauer) und einige der nach 1967 ausgebauten und mit Israelis besiedelten Gebiete in Ostjerusalem sind für Israel unverzichtbar. Auch säkular eingestellte Israelis sind hier nur wenig kompromissbereit.²¹

Ähnliches gilt, wenn auch in abgeschwächter Form, für das Westjordanland. „Judäa und Samaria“ – dies ist die israelische Bezeichnung für die Westbank – gelten als die kulturelle Wiege des Judentums. Besondere Bedeutung hat Hebron, wo nach der Überlieferung mit dem Grab Abrahams eine der heiligsten Stätten des Judentums liegt.²²

(3) Eng mit diesen religiös-ideologischen Faktoren verbunden ist schließlich ein weiterer wichtiger Umstand: die *Zusammensetzung der Bevölkerung*. Dies ist eine Erwägung, die in der israelischen Politik für drei territoriale Konstellationen von Bedeutung ist: die besetzten Gebiete, das Territorium Israels zusammen mit den besetzten Gebieten und schließlich das israelische Kernland.

Die Frage der Zusammensetzung der Bevölkerung spielt in der Siedlungspolitik eine nicht zu vernachlässigende Rolle: Einige Siedlungen in den besetzten Gebieten (die erste territoriale Konstellation) dienen vor allem der Stabilisierung und/oder Veränderung von Bevölkerungsmehrheiten in strategisch wichtigen Regionen. So sollte eine Reihe von Siedlungen im für Israel besonders wichtigen Großraum Jerusalem eine jüdische Bevölkerungsmehrheit sicherstellen. Jerusalem wurde hierzu mit einem Gürtel von

Siedlungen – von Gush Etzion und Efrat im Süden, Ma'ale Adumim im Osten und Girat Ze'ev und Bet El im Norden – umgeben.

Was zweitens das „zusammengenommene“ Gebiet von Israel und den besetzten Gebieten angeht, war Menachem Begin davon ausgegangen, dass die demographische Entwicklung in den besetzten Gebieten mit der Zeit zu einer jüdischen Mehrheit führen würde. Sein am 28. Dezember 1977 verkündeter Autonomieplan sah daher für diejenigen Palästinenser in den besetzten Gebieten, die dies wünschten, den Erwerb der israelischen Staatsbürgerschaft vor. Sein Plan wurde nicht wirksam: Weder wollten die Palästinenser die israelische Staatsbürgerschaft erwerben, noch entwickelte sich das Bevölkerungswachstum in der von Begin angenommenen Richtung. Im Gegenteil: Das Verhältnis zwischen Palästinensern und Juden in der Westbank und in Gaza beträgt gegenwärtig ca. 17 zu 1. Nur ungefähr 400 000 Israelis leben außerhalb des israelischen Staatsgebietes; etwa 200 000 davon in den Jerusalem umgebenden Siedlungen.

Israel kann daher nicht die besetzten Gebiete zur Gänze annektieren und die Palästinenser dieser besetzten Gebiete als Staatsbürger akzeptieren: Denn entsteht kein palästinensischer Staat, und beansprucht Israel also die besetzten Gebiete als *de-jure*- oder *de-facto*-Staatsgebiet, so wird die Bevölkerungsmehrheit in diesen Gebieten und über Zeit im ganzen israelischen Staatsgebiet, palästinensisch sein.²³ Der Charakter Israels als jüdischer Staat wäre damit aufs Spiel gesetzt.

Aus demselben Grund – der Gewährleistung der jüdischen Bevölkerungsmehrheit in Israel – ist – die dritte Konstellation – eine Rückkehr der 1948/49 vertriebenen oder geflüchteten Palästinenser ins israelische Kernland undenkbar. Eine massive palästinensische Rückwanderung würde die demographische Balance im israelischen Kernland aus dem Gleichgewicht bringen. Schon jetzt wächst die arabische-palästinensische Bevölkerung in Israel mit einem jährlichen Bevölkerungswachstum von 3,3% wesentlich schneller als die jüdische, deren jährliches Wachstum 2001 bei 1,9% lag. 2001 lebten in Israel 5,281 Mio. jüdische Bürger und 1,228 Mio. Araber.²⁴ Eine Rückkehr der nahezu 4 Mio. Palästinenser, die derzeit in Flüchtlingslagern im Nahen Osten leben, ließe die jüdischen Israelis mit der Zeit zu einer Minderheit werden.

Im Zusammenhang mit der Frage der Zusammensetzung der Bevölkerung ist zudem das Verhältnis der jüdischen zur palästinensischen Bevölkerung in Israel selbst zu bedenken. Die Eskalation des Konflikts hat auch hier zu Verwerfungen geführt. Am 29. September 2000, dem Tag nach dem Besuch von Ariel Scharon auf dem Jerusalemer Tempelberg, wurden bei Zusammenstößen zwischen palästinensischen Demonstranten und israelischen Soldaten sieben Palästinenser getötet. An Yom Kippur kam es in mehreren israelischen Städten zu Ausschreitungen gegen die palästinensische Bevölkerung.²⁵ In der israelisch-arabischen Bevölkerung ist, vor allem seit der Eskalation des Konflikts, die Tendenz erkennbar, sich als unterdrückte nationale Minderheit zu betrachten und anstelle der Bindung an den israelischen Staat eine eigene – arabische oder palästinensische – nationale Identität in den Vordergrund zu stellen. Das Verhältnis zwischen der nicht-arabischen, jüdischen Bevölkerungsmehrheit und der arabisch-palästinensischen Minderheit ist im Alltag gespannt.

Die derzeitige Politik der israelischen Regierung verschärft diesen inner-israelischen Konflikt noch: Die Schließung der Grenzen zu den palästinensischen Gebieten, insbesondere der Bau des Grenzzaunes zwischen Teilen der Westbank und Israel, erschwert soziale und familiäre Kontakte. Auch die im Sommer 2002 angekündigte Abschiebung von Angehörigen palästinensischer Terroristen aus Israel in die Autonomiegebiete zeigte vielen arabischen Israelis, dass sie nicht als gleichberechtigte Bürger anerkannt werden. Die Loyalität der Palästinenser mit israelischer Staatsbürgerschaft zum israelischen Staat wird durch diese Entwicklungen nachhaltig geschwächt.²⁶ Dessen sind sich israelische Politiker bewusst. Sie werden daher vermeiden, die Bevölkerungsgruppe der palästinensischen Israelis durch ein Rückkehrrecht für die Palästinenser anwachsen zu lassen.

Was ergibt sich daraus für die israelische Verhandlungsposition?

Erstens: Eine Annexion der gesamten besetzten Gebiete – vor allem ihrer Bevölkerungszentren – scheidet aus. Israel ist darauf angewiesen, eine – wie auch immer geartete – Autonomieregelung herbeizuführen.

Zweitens: Diese Autonomieregelung muss israelischen Sicherheitsinteressen Rechnung tragen. Akzeptiert man die militärische Analyse und Begründung der Siedlungspolitik, so ist es der israelischen Regierung allenfalls möglich, Siedlungen aufzugeben, die keine wichtige strategische oder bevölkerungspolitische Funktion haben.

Es wird von jeder israelischen Regierung zu erwarten sein, dass sie eine Lösung des Konflikts nur dann akzeptiert, wenn zumindest die militärisch-politischen Motive der Siedlungspolitik berücksichtigt werden. Im Hinblick auf die Zusammensetzung der Bevölkerung in wichtigen Regionen und die militärische Bedeutung der Siedlungen ist es nur schwer vorstellbar, dass Israel auf die Siedlungen entlang der „Grünen Linie“ (zwischen Israel und dem Westjordanland) verzichtet. Gleiches gilt für den Siedlungsgürtel um Jerusalem.

Drittens: Verzichtbar sind – religiös-ideologische Motive einmal beiseite gelassen – die Siedlungen entlang des Jordans, im Süden von Jerusalem (Hebron) und im Gaza-Streifen. Zwar bedarf es beträchtlichen politischen Durchsetzungsvermögens, eine solche Entscheidung zu exekutieren. Prinzipiell ist ein solcher Rückzug aber möglich. Deutlich wird in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit einer Säkularisierung der israelischen Politik. Solange politische Positionen in Israel auf der Grundlage religiöser Überzeugungen formuliert werden, die unumstößliche Geltung beanspruchen, ist die Durchsetzung der für einen dauerhaften Frieden erforderlichen Kompromisse nicht zu erreichen. Der ehemalige israelische Premierminister Yitzhak Rabin verdeutlichte dies mit dem Ausspruch: „Die Bibel ist kein Grundbuch.“

Viertens: In einem Punkt wird religiös-ideologischen Forderungen aber Rechnung zu tragen sein. Israel wird auf Jerusalem als seine Hauptstadt und auf die Souveränität wenigstens über diejenigen Teile der Altstadt nicht verzichten können, die für das Judentum von hoher symbolischer Bedeutung sind. Dazu zählen das jüdische Viertel der Altstadt und einige der neuen jüdischen Siedlungsgebiete in Ostjerusalem – und vor allem die Westmauer des herodianischen Tempels, die sogenannte Klagemauer.

Fünftens: Israel kann einer Rückkehr der 1948 geflohenen oder vertriebenen Palästinenser (beziehungsweise ihrer Nachkommen) nicht zustimmen. Allenfalls eine kleine – die demographische Balance nicht beeinträchtigende – Gruppe könnte nach Israel zurückkehren.

Die Gründung eines palästinensischen Staates muss vor diesem Hintergrund erörtert werden.

Eine palästinensische Staatsgründung sollte in Anbetracht der diskutierten Interessenlage Israels zu einer politischen „Trennung“ – nicht unbedingt zu einer wirtschaftlichen – der beiden Bevölkerungen führen. Obwohl das Prozedere der Staatsgründung und deren territorialer Umfang noch nicht entschieden ist, hat Israel aus Sicherheitsüberlegungen mit einer solchen „Trennung“ bereits begonnen. Als Interimslösung soll die nördliche Grenze zu den palästinensischen Gebieten mit einem „Sicherheitszaun“ befestigt werden. Dieser Zaun verläuft – in seinem nördlichen Bauabschnitt – im wesentlichen entlang der „Grünen Linie“ und „integriert“ einige wichtige Siedlungen in das Gebiet westlich des Zaunes. Da eine Vielzahl unterschiedlich großer Siedlungen östlich des Zaunes verbleibt, die Kommunikation mit dem Kernland durch Straßen ermöglicht und gesichert werden muss und auch palästinensische Arbeiter weiterhin im israelischen Kernland beschäftigt sind, kann die Abtrennung nicht hermetisch sein. Viele Israelis versprechen sich von dieser Grenzbefestigung dennoch mehr Sicherheit.²⁷

Insgesamt gesehen liegt die Schaffung eines palästinensischen Staates im Interesse Israels. Nur ein solcher Staat und die damit verbundene *politische* und *militärische* Trennung der beiden Konfliktparteien kann Israels Sicherheitslage wesentlich verbessern. Umfragen unter der israelischen Bevölkerung zeigen, dass die Zustimmung zur Schaffung eines palästinensischen Staates in den besetzten Gebieten, immer noch beträchtlich ist. 2001 befürworteten dies 57% der Israelis, 2002 waren es immer noch beachtliche 49%. Relativ hoch ist mit 50% auch der Anteil der Israelis, der eine teilweise Aufgabe der Siedlungen in den besetzten Gebieten – mit Ausnahme der größeren, strategisch wichtigen Siedlungen – befürwortet.²⁸ Die Implementierung eines Friedensplanes unter den genannten Bedingungen könnte also die Unterstützung eines großen Teils der israelischen Bevölkerung finden.

b) Die palästinensische Perspektive

Die palästinensischen Überlegungen verhalten sich zu den israelischen weitgehend spiegelbildlich. Auch hier stehen politisch-militärische und historisch oder religiös verkleidete Argumente im Vordergrund:

(1) Der Sicherheitsfrage auf israelischer Seite entspricht auf palästinensischer Seite die *Schaffung eines palästinensischen Staates*. Auch den Palästinensern – den radikalen Gruppierungen, aber ebenso großen Teilen der palästinensischen Autonomiebehörde – erscheint dieses Ziel derzeit mit militärischen Mitteln erreichbar: Die Anwendung von Gewalt und eine Eskalation des Konfliktes werden als Möglichkeiten gesehen, stetigen Druck auf Israel auszuüben. Nach diesem Kalkül wird es einen Punkt geben, an dem die Verluste an Menschenleben und Ansehen (wegen der Vergeltungsschläge) für Israel so schmerzhaft werden, dass es sich aus den besetzten Gebieten zurückzieht.

Was bei den Israelis die Erfolge der fünfziger und siebziger Jahre darstellen, sind für die Palästinenser die Erfolge der ersten *Intifada* und die der Hisbollah im Libanon. Viele Palästinenser denken, der israelische Rückzug aus dem besetzten Süden Libanons im Mai 2000 nach mehr als 20 Jahren Besetzung habe gezeigt, dass es möglich ist, Israel durch militärische Maßnahmen zum Einlenken zu bewegen.

In Palästina sei zwar, so wird konzediert, ein ungleich höherer Druck auf Israel notwendig, aber prinzipiell sei ein militärisch-diplomatisches „Niederringen“ Israels möglich.

Man stellt sich folgendes Szenario vor: Es kommt, so die Vorstellung, zu immer rascher aufeinander folgenden Angriffen gegen israelische Einrichtungen in den besetzten Gebieten und im israelischen Kernland. Die israelische Wut über die ständigen Anschläge schlägt zunehmend in Frustration und Angst um. Israelische Vergeltungsschläge bewirken kein Ende oder auch nur einen Rückgang der Anschläge. Das alltägliche Leben in Israels Städten ändert sich, mehr und mehr Israelis – auch im Kernland – werden Opfer des Konflikts. Das Alltagsleben wird schwieriger, schließlich kaum noch erträglich. Die immer härteren, doch wirkungslosen Vergeltungsschläge der israelischen Regierung stoßen auf immer heftigere Kritik der Europäer – und zunehmend auch der Amerikaner. Ein großer Teil Israels lehnt die als lebensbedrohlich gesehene Besetzung ab. Die israelische Armee räumt die besetzten Gebiete. Soweit das Szenario.

Für die militärischen Überlegungen, die dem Szenario zugrunde liegen, gilt: Ein solcher Kampf kann geführt werden. Selbstmordanschläge sind fast beliebig oft zu wiederholen, einen wirklichen Schutz dagegen gibt es nicht. Sie sind daher für Militärs eine durchaus ernstzunehmende Taktik. Die Selbstmordanschläge sind seit längerem aus ihrem religiösen Zusammenhang gelöst und zu einem militärischen Mittel erklärt worden. Die Al-Aqsa-Märtyrer-Brigaden sind eng mit Arafats *Al Fatah* verbunden; sie sind keine islamistische Bewegung. Selbstmordattentate sind Teil des operativen Repertoires des palästinensischen Widerstandes geworden.²⁹

Die palästinensischen Organisationen nehmen bei ihren Operationen zivile Opfer nicht nur in Kauf, sondern richten ihre Anschläge (zu einem beträchtlichen Teil) ganz gezielt gegen Zivilisten. Diese Vorgehensweise wird mit der militärisch-technologischen Unterlegenheit der palästinensischen Seite gerechtfertigt. Nur Angriffe gegen Zivilisten im israelischen Kernland – so diese Ansicht – vermögen zwischen der israelischen Armee und den Palästinensern eine Art von strategischem Gleichgewicht zu schaffen.³⁰ Die militärische Asymmetrie der konventionellen Möglichkeiten zwischen den Konfliktparteien wird so aufgehoben. Daher erscheint den Palästinensern, die ein solches Vorgehen befürworten, ein „Sieg“ möglich.

Die militärischen Entwicklungen der letzten Zeit haben diese Strategie teils ins Wanken gebracht. Zum einen hatten die Operationen der israelischen Armee größeren Erfolg als vermutet.³¹ Zumindest für einige Zeit ging die Zahl der Anschläge zurück, viele Selbstmordattentäter wurden abgefangen, die Logistik einiger Gruppen wurde beträchtlich gestört. Gleichzeitig führten die Gräueltaten der Anschläge zu einem Abrücken der europäischen Regierungen von der palästinensischen Führung – in den USA wurden die Kräfte in der Bush-Administration gestärkt, die in Arafat nichts weiter als einen Terroristen sehen. In der zweiten Reihe der palästinensischen Führung begann daher eine Diskussion, die eine Begrenzung der

Anschläge auf militärische Einrichtungen und Siedlungen in den besetzten Gebieten forderte.³² Vermehrt sprachen sich palästinensische Politiker für eine Wiederaufnahme ernsthafter Verhandlungen aus.

Die Nachrichten aus Nahost zeugen davon, dass sich diese Stimmen noch nicht durchgesetzt haben. Da beide Seiten – Israelis und Palästinenser – an der je eigenen militärischen Strategie festhalten, besteht derzeit ein Patt – eine Form von „Symmetrie“, die keiner Seite einen vollständigen militärischen Sieg ermöglichte. Beide halten einen solchen aber für möglich.

Auch wenn ein Ausweg aus der verfahrenen Logik militärischer Gewalt momentan nicht sichtbar ist, ist doch klar, dass es zur Gründung eines palästinensischen Staates kommen wird. Welche Realitäten müssen bei dessen Gründung bedacht werden?

Sollte ein palästinensischer Staat entstehen, so müsste dessen Souveränität (beziehungsweise deren Umfang) militärisch-sicherheitspolitisch, wirtschaftlich und rechtlich/völkerrechtlich bestimmt werden. Besonders heikle Fragen sind dabei:

- (a) die wirtschaftliche Überlebensfähigkeit eines palästinensischen Staates,
- (b) dessen territoriale Ausgestaltung und
- (c) die Frage nach der Regierung Palästinas.

(a) Prinzipiell gilt: Auch ein unabhängiges Palästina wäre in wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Hinsicht von Israel abhängig und könnte jederzeit unter politischen Druck gesetzt werden. Palästina wird daher bestenfalls ein quasi-souveräner Staat. Dies gilt in erster Linie für die palästinensische Wirtschaft: Deren Leistung pro Kopf verschlechterte sich von 1993 bis 1998 und verzeichnete lediglich im Jahr 1999, also vor Beginn der sogenannten *Al-Aqsa-Intifada*, einen nennenswerten Anstieg.

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Nach Angaben der Weltbank und der Vereinten Nationen wuchs das BSP von 1993 bis 1997 um 4,7% - während die Bevölkerung um 27,1% zunahm; das BSP pro Kopf sank in diesem Zeitraum also um 17,5%.

Ursache für diesen Rückgang des Lebensstandards ist vor allem die erzwungene Arbeitslosigkeit der bis dahin in Israel beschäftigten Palästinenser. 1999 war zwar ein deutlicher Anstieg dieser Indikatoren zu verzeichnen – doch zeichnete sich bereits im Jahr 2000, dem Jahr, das den Beginn der bis heute andauernden Auseinandersetzungen markiert, ein massiver Einbruch der Wirtschaftstätigkeit in den palästinensischen Gebieten ab: Das BSP sank in diesem Jahr um 6,4%, nachdem es noch im Vorjahr um 7,2% gewachsen war, das BSP pro Kopf sank im selben Zeitraum gar um 10,3%.³³

Obgleich verlässliche Daten zur Wirtschaftstätigkeit in den besetzten Gebieten nur bis zum Jahr 2000 vorliegen, deutet alles darauf hin, dass sich der dramatische Einbruch fortgesetzt hat. Negativ ausgewirkt haben sich insbesondere die im Laufe der gewalttätigen Auseinandersetzungen angerichteten Schäden, die von der Weltbank allein für die Zeit bis Dezember 2001 auf über 300 Mio. US-Dollar geschätzt wurden.³⁴ Der Palästinensischen Autonomiebehörde zufolge beläuft sich der zwischen September 2001 und April 2002 entstandene volkswirtschaftliche Schaden auf insgesamt 8,27 Mrd. US-Dollar.³⁵

Die Schwankungen im Volkseinkommen der Westbank und des Gazastreifens spiegeln die extreme Abhängigkeit der palästinensischen Wirtschaft von der politischen Entwicklung wieder.³⁶ Daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern.

(b) Auch das Territorium eines künftigen Staates hat Rückwirkungen auf den Umfang der Souveränität. Die palästinensische Führung befürchtet, dass Israel zwar die Bevölkerungszentren (von Süden nach Norden: Hebron, Bethlehem, Ramallah, Nablus) und auch größere Ortschaften und ihre Umgebung räumt, aber durch das Straßen- und Siedlungssystem eine Vielzahl von mehr oder weniger autonomen Einheiten schafft, die schon wegen ihrer territorialen Zersplitterung nicht über die für einen Staat notwendige territoriale und politische Kohärenz verfügen. Dies hätte weitreichende Folgen: Jede Einheit wäre über kurz oder lang gezwungen, sich direkt mit der israelischen Umgebung zu verständigen. Die „zentralen“ Einrichtungen blieben von untergeordneter Bedeutung, zumal Palästina demilitarisiert wäre und kaum eine eigenständige Außenpolitik entwickeln könnte. Die palästinensische Führung fordert daher den vollständigen Rückzug Israels. Nur dies garantiert ihr ein zusammenhängendes Staatsgebiet mit einer einheitlichen Regierungsgewalt.

(c) Ähnlich problematisch ist der Aufbau eines palästinensischen Sicherheitsapparates. In der Osloer Prinzipienklärung über die Einrichtung einer palästinensischen Autonomieregierung vom 13. September 1993 war – neben der Legislative und dem politischen Teil der Exekutive – eine „starke Polizeimacht“ vorgesehen, die der Herstellung der inneren Ordnung und der Bekämpfung des palästinensischen Terrorismus dienen sollte.³⁷ In ihrer praktischen Umsetzung lief diese Vereinbarung darauf hinaus, dass neun verschiedene Sicherheits- und Geheimdienste mit insgesamt 30.000 Mitarbeitern eingerichtet wurden, die allesamt der direkten Kontrolle Arafats unterstehen.

Dieser nutzte die Dienste jedoch vor allem, um ihm loyale „verdiente Kämpfer“ mit Posten zu versorgen und ihnen auf diese Weise auch in den Autonomiegebieten eine soziale (und berufliche) Perspektive zu bieten. Gleichzeitig schuf er einen Spitzel- und Repressionsapparat, der es ihm erlaubte, mit allen Mitteln gegen Gegner des Friedensprozesses, vor allem gegen islamische Fundamentalisten, aber auch – schlicht und einfach – Gegner seiner Herrschaft, vorzugehen.³⁸ Die Instrumentalisierung des Sicherheitsapparates für die persönlichen Interessen der palästinensischen Führung verhinderte den Aufbau einer wirklich unabhängigen Exekutive, die für das Entstehen rechtsstaatlicher Strukturen unerlässlich gewesen wäre.

Die derart politisierten Sicherheitsdienste erwiesen sich als unfähig zur Kontrolle terroristischer Gruppierungen. Die israelische Regierung betrieb deshalb schließlich deren weitgehende Zerschlagung mit der Begründung, die Sicherheitsdienste schützten nicht nur die Mitglieder terroristischer Gruppen, sondern seien auch aktiv an der Ausübung von Gewalt gegen israelische Ziele beteiligt. Die derzeitige Reform der Sicherheitskräfte kommt nur stockend voran: Von Arafat vorgenommene Änderungen dienen mithin eher der Konsolidierung der eigenen Machtbasis.

(2) Die Abhängigkeit eines künftigen palästinensischen Staates auf Israel zeigt sich auch in einer weiteren, besonders sensiblen Frage: Ein Staat Palästina hat auf sich allein gestellt nicht

die Möglichkeit, das *Flüchtlingsproblem* zu lösen. Dieses Flüchtlingsproblem umfasst zwei Gruppen von Flüchtlingen: Einmal die im Verlauf des Unabhängigkeitskrieges geflohenen und vertriebenen Gruppen, zum anderen diejenigen, die 1967 aus den im Sechs-Tage-Krieg von Israel besetzten Gebieten flohen. Eine Rückkehr der Flüchtlinge des Unabhängigkeitskrieges, der für die Palästinenser *al-nakba* – die Urkatastrophe – darstellt, in ihre alte Heimat im israelischen Kernland kommt für Israel aus den erläuterten grundsätzlichen und demographischen Erwägungen nicht in Betracht.

Für die Palästinenser auf der anderen Seite stellt sich das Problem in dreifacher Weise dar: Einmal besteht ihrer Auffassung nach ein Rückkehrrecht und damit verbunden eine Wiedereinsetzung der Flüchtlinge in ihre Eigentumsrechte. Zum zweiten beharren sie darauf, dass die Vertreibung von Israel als Unrecht anerkannt wird. Hieraus ergibt sich als dritte Problematik die Frage einer möglichen Kompensation für die Flüchtlinge und ihre Nachkommen, wenn deren tatsächliche Rückkehr faktisch ausgeschlossen ist.

Dies hat für die palästinensische Führung politische Folgen: Die Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen war von Anfang an ein zentrales Anliegen der palästinensischen Politik und wurde als nicht verhandelbare Forderung festgeschrieben. Dies schränkt politische Handlungsmöglichkeiten ein. Eine Kurskorrektur ist hier sehr schwierig. Die bevölkerungspolitische Frage des Umgangs mit den Flüchtlingen von 1948 wird damit zu einer Frage der *Ideologie*. Eine Aufgabe dieser Position würde von weiten Teilen der palästinensischen Öffentlichkeit und der Diaspora als „Verzichtspolitik“ empfunden werden.

(3) Eine ähnliche Selbstbindung folgt aus der Bestimmung Jerusalems als politischem und spirituellem Mittelpunkt Palästinas. Wie die Israelis, so verbinden auch die Palästinenser religiöse und religiös-politische Vorstellungen mit Palästina und vor allem Jerusalem. Für die palästinensische Führung sind die Hauptstadt al-Quds – die arabische Bezeichnung für Jerusalem – und die Souveränität über die moslemischen Heiligtümer – Felsendom und al-Aqsa-Moschee – unverzichtbar.³⁹

Fassen wir die palästinensische Position zusammen, so ergeben sich folgende nicht zur Disposition stehenden Punkte:

Erstens: Das Ziel palästinensischer Politik ist ein souveräner, lebensfähiger Staat Palästina. Dieser darf nicht vom wirtschaftlichen Austausch mit Israel abgeschnitten sein und muss über ein zusammenhängendes Territorium und über vollständige politische Autonomie verfügen. Da aufgrund der geographischen Gegebenheiten die Schaffung eines vollständig zusammenhängenden Staates unmöglich ist, muss zwischen der Westbank und Gaza zumindest ein Korridor eingerichtet werden, der eine sichere und ungehinderte Verbindung der beiden Territorien auf dem Landweg ermöglicht.

Zweitens: Die Flüchtlingsfrage muss gelöst werden. Ein weiterer Verbleib der Flüchtlinge in den Lagern in den besetzten Gebieten und benachbarten arabischen Staaten ist nicht hinnehmbar. Dabei müssen auch die „symbolischen“ Bedürfnisse der Palästinenser – wenigstens ansatzweise – befriedigt werden, indem eine Rückkehr mindestens einer bestimmten (symbolischen) Zahl von Flüchtlingen in die ursprünglichen Siedlungsgebiete innerhalb Israels ermöglicht wird. Für die Mehrheit der Flüchtlinge, die dauerhaft in Palästina

angesiedelt wird, muss eine angemessene finanzielle Entschädigung bereitgestellt werden, die ihnen den Aufbau einer eigenen wirtschaftlichen Existenz ermöglicht.

Drittens: Jerusalem muss auch die Hauptstadt Palästinas werden. Der palästinensische Staat muss die Oberhoheit über die muslimischen Heiligtümer von al-Quds erhalten, also über die Al-Aqsa-Moschee und den Felsendom. Zudem muss er wenigstens eine Teilsouveränität über die mehrheitlich arabisch bewohnten Teile Ostjerusalems, auch in der Altstadt, erhalten.

2. Eine Friedenslösung?

Was müssen nach dieser Analyse die Leitlinien einer Friedenslösung sein?

Die Akzeptanz des Realen setzt den Verzicht auf eine historische Argumentation voraus.⁴⁰ Die oben geschilderten Bedingungen der beiden Konfliktparteien für eine Lösung lassen sich nur dann in Einklang bringen, wenn eine schrittweise Veränderung des Status quo von beiden akzeptiert und angestrebt wird – unter konsequentem Verzicht auf eine prinzipielle Wiedergutmachung und die vollständige Durchsetzung von historisch-religiösen Ansprüchen.

Gegenstand der Verhandlungen kann nur sein, was eine politisch durchsetzungsfähige Mehrheit des jeweiligen Partners akzeptiert und was zu einer Verbesserung der Situation wenigstens eines Partners beiträgt – ohne die Situation des anderen zu verschlechtern.

Voraussetzung solcher Verhandlungen muss die Einsicht sein, dass der Konflikt mit (vertretbaren) militärischen Mitteln *nicht* zu beenden ist. Obgleich beide Parteien auf sehr unterschiedliche Gewaltmittel zurückgreifen können, muss man insgesamt ein symmetrisches Verhältnis der militärischen Möglichkeiten konstatieren: Mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln vermag jede Seite der jeweils anderen schwerwiegende Schäden zuzufügen. Weder lassen sich palästinensische Selbstmordattentäter mit den Mitteln konventioneller Kriegsführung bekämpfen, noch vermögen die Palästinenser der in der konventionellen Kriegsführung weit überlegenen israelischen Armee Widerstand entgegenzusetzen.

Ein zu einer möglichen Lösung führender Prozess müsste mindestens drei Schritte umfassen, die die Positionen der Konfliktparteien weitgehend aufgreifen:

(1) Verhandlungen müssen über einen längeren Zeitraum stattfinden. Die Konfliktparteien müssen sich darauf einigen, dass auch *under fire* – d.h. bei Fortdauern von Anschlägen und Militäraktionen – verhandelt wird. Ein solcher Beschluss stellte eine bedeutende Änderung gegenüber den bisherigen Friedensplänen dar, die als Vorbedingungen für den Beginn von Verhandlungen ein Ende der Gewalt auf beiden Seiten fordern. Gegen die Anschläge in der Verhandlungsphase muss vor allem die palästinensische Regierung mit aller denkbaren Härte vorgehen. Dies würde aller Wahrscheinlichkeit nach zum Auslöser eines innerpalästinensischen Konflikts; die Regierung müsste sich mit amerikanischer und europäischer – nicht israelischer – Hilfe in diesem Konflikt durchsetzen.

Diese Behauptung der Souveränität der palästinensischen Regierung gegen militante Gruppen wäre dann vergleichbar mit der von David Ben Gurion erzwungenen Auflösung der Untergrundorganisation Irgun nach der Gründung Israels im Jahr 1948.⁴¹ Sie hatte während des Unabhängigkeitskrieges auch mit terroristischen Methoden agiert und trat nach der

Staatsgründung (auch militärisch) in wichtigen Fragen der Regierung entgegen. Diese Durchsetzung des Gewaltmonopols wird von zahlreichen Historikern als Bewährungsprobe der staatlichen Souveränität Israels betrachtet. Eine vergleichbare Bewährungsprobe muss die palästinensischen Staatlichkeit bestehen.

Israel müsste im Gegenzug auf Vergeltungsschläge gegen die legitime palästinensische Führung verzichten. Dass Militäraktionen gegen radikale palästinensische Untergrundorganisationen unterbleiben – davon kann nicht ausgegangen werden.

Verhandlungen müssten also sofort und ohne jegliche Vorbedingungen beginnen. Eine Vermittlung von außen ist hilfreich, aber (zunächst) nicht notwendig.

Voraussetzung für solche Verhandlungen wäre auf palästinensischer Seite ein Kurswechsel Arafats. Mindestens seit dem Ausbruch der *Al-Aqsa-Intifada* beruht seine Macht auf einer ambivalenten und unklaren Haltung zum Einsatz von Gewalt. Arafat lässt die Frage unbeantwortet, ob er die Gewalt (insbesondere die terroristischen Anschläge) beenden kann. Würde er zugeben, dass er dazu nicht mehr in der Lage ist, wäre er für Israelis und Amerikaner kein ernstzunehmender Verhandlungspartner mehr. Ist er hingegen in der Lage, Anschläge und eine weitere Eskalation zu verhindern, muss er sich die Frage gefallen lassen, warum er nicht wirkungsvoll einschreitet. Er ist in diesem Fall nicht mehr Verhandlungspartner, sondern Gegner Israels, politisch und militärisch verantwortlich auch für alle Selbstmordanschläge. Arafat lässt diese entscheidende Frage offen.⁴² Damit bleibt er im (politischen) Spiel, Verhandlungen sind aber unter diesen Umständen nur sehr eingeschränkt möglich.

Dennoch wird weiter mit Arafat zu verhandeln sein; sein politisches Leben machte ihn zu einem Symbol für die palästinensische Selbstbehauptung. Die vielfach geforderten Reformen der palästinensischen Führung – zuletzt von Präsident Bush – müssen dieser symbolischen Bedeutung Arafats gerecht werden. Die bisherigen Vorschläge haben diese Ausgangslage zu wenig berücksichtigt.

(2) In den palästinensischen Gebieten müsste sofort mit der Auflösung der Flüchtlingslager begonnen werden.⁴³ Die Flüchtlingslager sind Rekrutierungs- und Rückzugsgebiete radikaler Gruppen. Sie sind Symbole des palästinensischen Leids und der „Offenheit“ der „palästinensischen Frage“. Ihre Auflösung würde die Veränderung des Status quo verdeutlichen.

Dies betonte Ariel Scharon schon 1971, als er – damals noch Oberkommandierender des Südabschnitts – der Regierung Golda Meir den Vorschlag unterbreitete, die Flüchtlingslager aufzulösen und ihre Bewohner dauerhaft in den bereits bestehenden Ortschaften der besetzten Gebiete anzusiedeln, einige davon sogar im israelischen Kernland. Sein Plan war, den Kreislauf von Verarmung und Verzweiflung in den Flüchtlingslagern zu durchbrechen und damit eine der Hauptgefahren für die Stabilität Israels zu beseitigen. Von der damaligen Regierung wurde dieser Vorschlag jedoch als politisch nicht durchsetzbar betrachtet.⁴⁴ Notwendig und richtig ist er nach wie vor.

Die Flüchtlingsfrage sollte zunächst grundsätzlich durch Verzicht der Palästinenser auf Rückkehr nach Israel und Kompensation seitens der israelischen Regierung an

palästinensische Flüchtlinge gelöst werden. Dies erfordert zuvörderst die Auflösung der Flüchtlingslager in Palästina und in den arabischen Staaten, die Bereitstellung von Wohnraum und die Umstrukturierung der bisherigen Flüchtlingslager. Israel und seine Verbündeten in Europa und die USA müssten Mittel bereitstellen, die umfassende Wohnungsbaumaßnahmen ermöglichen würden, und sie müssten bereit sein, ein bestimmtes Kontingent an Flüchtlingen – insbesondere von den ohnehin dort ansässigen – (als Staatsbürger) aufzunehmen. Denkbar wäre auch die Rückkehr einer (wahrscheinlich sehr kleinen) Zahl von Flüchtlingen in ihre alte Heimat nach Israel.

Eine ähnliche Lösung des Flüchtlingsproblems, die ein Rückkehrrecht für wenige auf der Grundlage von Familienzusammenführungen und eine Entschädigung der übrigen Flüchtlinge vorsah, wurde bereits vom ehemaligen israelischen Premierminister Ehud Barak vorgeschlagen. Die palästinensischen Verhandlungsführer lehnten den Vorschlag jedoch ab und forderten stattdessen die grundsätzliche Anerkennung eines Rechts auf Rückkehr für alle palästinensischen Flüchtlinge in ihre ehemalige Heimat. Auf Baraks Vorschlag wird zurückzukommen sein.

Israel müsste gleichzeitig den wirtschaftlichen Aufbau der palästinensischen Gebiete zu einer der zentralen Prioritäten der nationalen Politik erklären. Europäische und amerikanische Investitionen sollten gezielt nach Palästina geleitet werden.⁴⁵

(3) Israel müsste beginnen, die Zahl seiner Siedlungen in den besetzten Gebieten zu reduzieren. Ein erster Schritt hierzu wäre die Annexion von Gebieten (auf denen sich die größten Siedlungen befinden) im Westjordanland entlang der ehemals „Grünen Linie“ und im Großraum von Jerusalem – letzteres ist teilweise bereits geschehen. Diese Annexion müsste in Absprache mit den Palästinensern erfolgen, die dafür durch Gebietsaustausch oder finanziell entschädigt werden. Israel könnte dadurch die für seine Sicherheit essentiellen Siedlungen behalten. Parallel hierzu müsste die israelische Regierung beginnen, einzelne isolierte Siedlungen aufzulösen, beginnend mit den Siedlungen in Hebron und im Gaza-Streifen. Dies würde auf israelischer Seite im Extremfall den Einsatz der Armee gegen die radikalen Teile der Siedlungsbewegung erfordern. Palästina könnte aber dadurch ein zusammenhängendes Staatsgebiet erhalten.

Zu einem geeigneten, frühen Zeitpunkt während dieses Prozesses würde mit Einverständnis Israels ein palästinensischer Staat ausgerufen werden. Der symbolische Charakter oder die „Vorläufigkeit“ dieses Staates sollte nicht betont werden – wie etwa in Bushs Friedensplan. Die Struktur und Gestalt eines im Entstehen begriffenen Staates ist eine Frage von Fakten, die Anerkennung des Staates eine völkerrechtliche, die ohne Vorbehalte erfolgen muss.

Jerusalem würde die Hauptstadt Israels *und* Palästinas werden. Einzelne Gebiete der Stadt (s.o.) blieben unter vollständiger israelischer Souveränität, die Stadt ungeteilt. Freizügigkeit müsste im gesamten Stadtgebiet garantiert sein. Jerusalem als Mikrokosmos veranschaulicht, was für ganz Israel und Palästina gilt: Eine vollständige physische Trennung der jüdischen und der arabischen Bevölkerung ist nicht möglich. Eine politische Trennung ist denkbar.

Für eine Lösung der Jerusalem-Frage wurden in den vergangenen Jahren eine Reihe von Vorschlägen vorgelegt, auf die Verhandlungsführer bei der Wiederaufnahme von Friedensverhandlungen zurückgreifen könnten.

Der im Jahr 2000 von der Regierung des damaligen Premierministers Ehud Barak vorgelegte Vorschlag sah bereits eine Untergliederung eines einheitlichen Jerusalem in von Arabern und von jüdischen Israelis bewohnte Stadtviertel vor; die heiligen Stätten der Stadt sollten von einem interreligiösen Rat verwaltet werden.

Bedenkenswert ist auch ein 1995 von Yossi Beilin und Abu Mazen vorgelegter Plan. Dieser hatte bei grundsätzlicher Beibehaltung einer einheitlichen Stadtverwaltung die Untergliederung der Stadt in israelisch und arabisch bewohnte Stadtviertel vorgesehen. Es war vorgesehen, dass deren politische und administrative Führung von der jeweiligen Bevölkerung gewählt werden sollte. Als Hauptstadt eines unabhängigen palästinensischen Staates sollte der Stadtteil Abu-Dis – dann in Al-Quds umbenannt – fungieren. Jerusalem wäre auf diese Weise Hauptstadt beider Staaten, Israels und Palästinas.

Als der amerikanische Schriftsteller Herman Melville 1856/57 auf einer großen Reise durch die Länder des Mittelmeerraums ins Heilige Land kam, war er enttäuscht. Judäa beschrieb er als eine einzige Ansammlung von Steinen, der Zauber der Jahrtausende alten Gebäude und der heiligen Stätten dreier großer Religionen erschien ihm schal. „Steinerne Augen und steinerne Herzen“ bescheinigte er den – christlichen, jüdischen, und muslimischen – Bewohnern der Stadt Jerusalem. Ganz von der Hand zu weisen ist seine Beobachtung nicht, betrachtet man die wie in Stein gemeißelten Positionen, die Gewalt und die Auseinandersetzungen, die die Region seit Melvilles Tagen – mehr denn je im vergangenen Jahrzehnt – in Gewalt erstarren lassen.

Eine Lösung des Konflikts ist möglich – aber nur, wenn die Parteien lernen, unabhängig von allen historischen und religiösen Verwerfungen eine Grundlage für ihr Zusammenleben schaffen. Dies erfordert auf beiden Seiten Akzeptanz des Realen und also Verzicht – auf vermeintliche Ansprüche und überkommene Rechte, auf Siedlungen in einem beanspruchten Gebiet, auch Verzicht auf Rückkehr in eine lange verlorene Heimat.

¹ Volker Braun, *Limes. Mark Aurel*, in: *Theater der Zeit*, Ausgabe März 2002, S. 58f.

² Vergl.: Homepage von B'Tselem: „Fatalities in the al-Aqsa Intifada: 29 Sept. 2000 - 20 November 2002“, http://www.betsalem.org/English/Statistics/Al_Aqsa_Fatalities.asp, 06.12.2002.

25.11.2002. Nach Angaben der israelischen Regierung kamen seit dem 29. September 2000 insgesamt 682 Menschen durch palästinensische Gewaltakte ums Leben. Vergl.: Homepage des israelischen Außenministeriums: „Victims of Palestinian Violence and Terrorism since September 2000“, <http://www.israel.org/mfa/go.asp?MFAH0ia50>, 25.11.2002.

³ Vergl.: Homepage von B'Tselem, a.a.O.

⁴ Vergl.: „Was spricht gegen Abdullahs Friedensplan?“, *NZZ* 9./10.03.2002.

⁵ Präsident George W., 24. Juni 2002, Erörterung der amerikanischen Nahostpolitik, <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/06/print/20020624-3.html>, 25.11.2002.

Vergl.: David Markovsky: „Middle East Peace Through Partition“, in: *Foreign Affairs*, March/April 2001, S. 28-45, S. 33f.

⁷ Dieser Prozess wurde unterbrochen durch eine kurze Phase, in der die palästinensischen Sicherheitsbehörden in der Folge einiger Selbstmordanschläge auf Linienbusse in Israel massiv gegen terroristische Gruppen vorgingen und so einen zeitweiligen Rückgang terroristischer Anschläge erreichten.

⁸ Vergl.: Thomas Kleine-Brockhoff/Bruno Schirra: „Arafat bombt, Europa zahlt“, in: *Zeit*, 24/2002, S. 13-16.

⁹ Vergl.: Amos Elon: „No Exit“, in: *Le Monde diplomatique*, deutsche Ausgabe, Juni 2002, S. 10-11.

¹⁰ Vergl.: Homepage des israelischen Außenministeriums: „Which Came First - Terrorism or Occupation? Major Arab Terrorist Attacks against Israelis Prior to the 1967 Six-Day War“, <http://www.mfa.gov.il/mfa/go.asp?MFAH0ldc0>, 25.11.2002.

, New York 2001, S. 272-279.

¹² Vergl.: Benny Morris: *Righteous Victims. A History of the Zionist-Arab Conflict, 1881-2001*, New York 2001, S. 272-279.

¹³ Vergl.: Ebd., S. 363-376.

¹⁴ *Ha'aretz Magazine* 23.08.2002, S. 8

¹⁵ Zu den Folgen der Militäraktion gegen Shehadeh für die unmittelbar betroffenen Palästinenser siehe: Gideon Levy: „Report from ground zero in Gaza“, in: *Ha'aretz Magazine* 02.08.2002.

¹⁶ Vergl.: Gisela Dachs: „Alles wahnsinnig normal“, in: *Zeit*, 50/2001.

¹⁷ Zum Leben in den Siedlungen des Jordantals siehe auch: Ada Ushpiz: „She predicted her own death“, in: *Ha'aretz*, 16.08.2002.

¹⁸ Vergl.: Jeff Halper: „The Matrix of Control“ in: *Jerusalem Times*, 24.09.1999. Zur Entwicklung der Siedlungen vergl.: Bevölkerungsentwicklung der Siedlungen in Ost Jerusalem (in Tausend) zitiert und aufbereitet nach Jerusalem Institute for Israel Studies, *On Your Statistics, Jerusalem* (für 2000):

Jahr	Einwohner
1992	141
1993	146.8
1994	152.7
1995	155
1996	160.4
1997	158.8
1998	162.9
1999	170.4
2000*	173.3

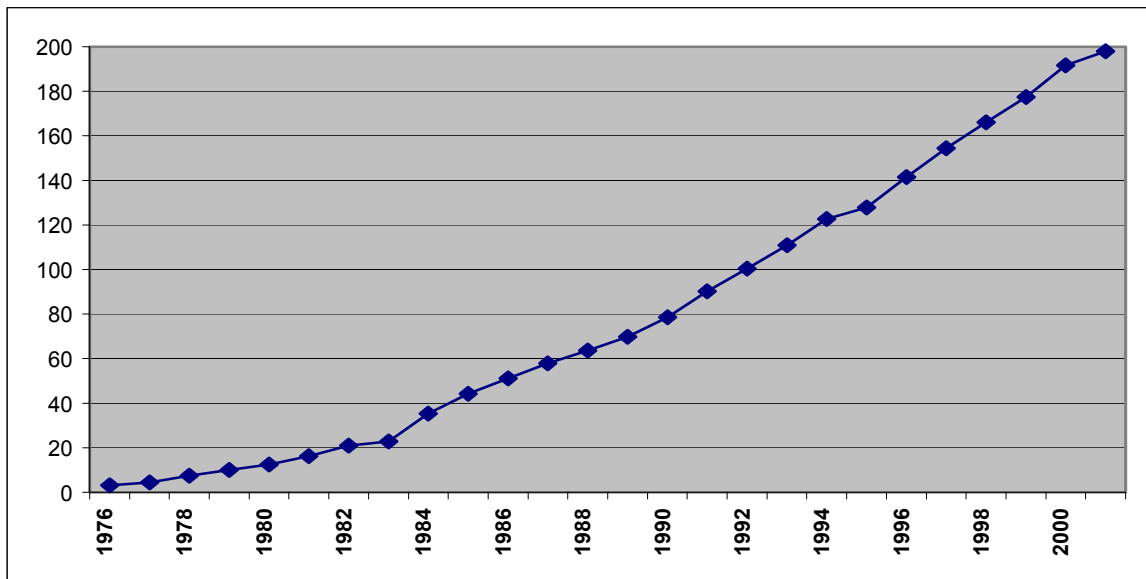
* Schätzung, basierend auf dem Bevölkerungswachstum in ganz Jerusalem (Zentrales Statistisches Büro)

Siedlungen und Siedler in der Westbank (ohne Ost-Jerusalem), aus: Benvenisti/Khayat, *The West Bank and Gaza Atlas*, S. 138-140:

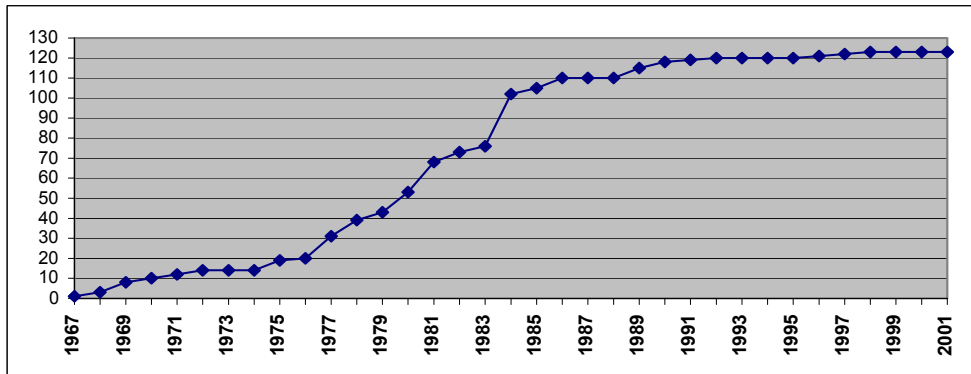
Jahr	Anzahl der Siedlungen (anerkannte Siedlungsgebiete)	Einwohner (in tausend)	Jahr	Anzahl der Siedlungen (anerkannte Siedlungsgebiete)	Einwohner (in tausend)
1967	1	Unbekannt	1984	102	35.3
1968	3	Unbekannt	1985	105	44.2
1969	8	Unbekannt	1986	110	51.1
1970	10	Unbekannt	1987	110	57.9
1971	12	Unbekannt	1988	110	63.6
1972	14	Unbekannt	1989	115	69.8
1973	14	Unbekannt	1990	118	78.6
1974	14	Unbekannt	1991	119	90.3
1975	19	Unbekannt	1992	120	100.5
1976	20	3.2	1993	120	110.9
1977	31	4.4	1994	120	122.7
1978	39	7.4	1995	120	127.9
1979	43	10	1996	121	141.5
1980	53	12.5	1997	122	154.4
1981	68	16.2	1998	123	166.1
1982	73	21	1999	123	177.5
1983	76	22.8	2000	123	191.6
			2001*	123	198

* bis zum 31 September 2001 (vorläufige Zahlen).

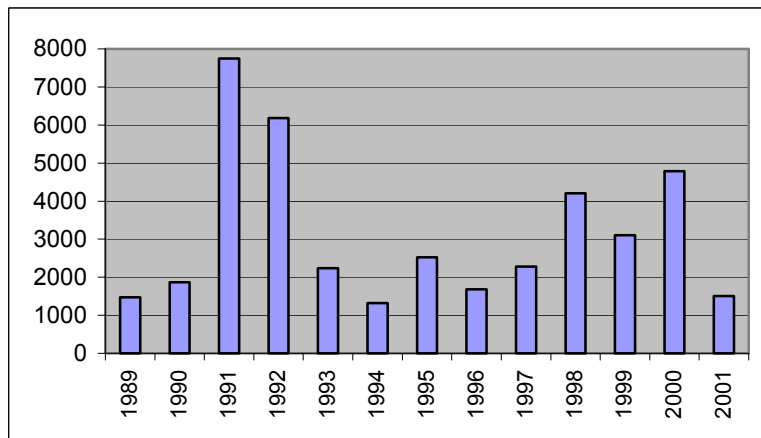
Siedler in der Westbank (in Tausend), zitiert und aufbereitet nach Lein, Yeheskel/Weizman, Eyal: „Land Grab, Israel's Settlement Policy in the West Bank“, B'Tselem Report, Mai 2002, bezogen über: Homepage von B'Tselem, http://www.btselem.org/Download/Land_Grab_Eng.doc, 25.11.2002:



Siedlungen in der Westbank (ohne Ost-Jerusalem):



Baubeginn von Wohngebieten in der Westbank und im Gaza Streifen (ohne Ost-Jerusalem):



¹⁹ Eine Mehrheit der Israelis wäre allerdings durchaus bereit, im Falle eines Friedensschlusses mit den Palästinensern viele der Siedlungen aufzugeben, ein „harter Kern“ von nationalistisch und/oder religiös motivierten Siedlern würde sich der Aufgabe der Siedlungen jedoch widersetzen. Vergl. dazu auch: Gisela Dachs: „Die Mauer vor den Köpfen“, in: *Zeit*, 24.01.2002, und Amos Elon: „No Exit“, a.a.O.

²⁰ Vergl.: Bernard Wasserstein: *Jerusalem. Der Kampf um die heilige Stadt*, München 2002, S. 224-234 und S. 260

²¹ Vergl.: Ephraim Ya`ar, Tamar Hermann: „Majority in favor of left's stand on peace, targeted liquidations“, in: *Ha`aretz*, 06.08.2002. Zugleich wird deutlich, daß eine Mehrheit der Israelis durchaus dafür ist, die Verwaltung der heiligen islamischen Stätten auf dem Tempelberg den Palästinensern zu übertragen.

²² Das *Protocol Concerning the Redeployment in Hebron*, das am 17.01.1997 zwischen der israelischen Regierung und den Vertretern der Palästinenser abgeschlossen wurde, schreibt faktisch die Teilung der Stadt fest: Die jüdisch besiedelten Teile der Stadt, insbesondere die Altstadt und das Gebiet

um die „Gruft der Patriarchen“, wurden der direkten Verwaltung Israels unterstellt, für den Schutz der relativ kleinen jüdischen Bevölkerung und der heiligen Stätten sind Truppen der israelischen Armee zuständig. Die übrigen, von Palästinensern bewohnten Gebiete der Stadt unterstehen der palästinensischen Selbstverwaltung.

Vergl.: Ebd., S. 10.

²⁴ Vergl.: Central Bureau of Statistics, Israel: *Statistical Abstract of Israel 2002*, Tab. 2-6: „Sources of Population Growth, by Type of Locality and Population Group“, S. 2-17.

²⁵ Vergl.: Joseph Algazy: „Mein Staat tötet mein Volk“, in: *Le Monde diplomatique*, November 2000, S. 11.

²⁶ Vergl.: Winfried Veit, Katharina von Münster: *Conflict management and prevention through dialogue*, a.a.O., S. 10ff.

²⁷ Vergl.: David Grossmann: „Illusions of a Separate Peace“, in: *New York Times*, 12.07.2002, und „Ein Monument der Resignation. Freudlose Erleichterung über den Bau eines Schutzwalls“, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 23.08.2002.

²⁸ Vergl.: Asher Arian, Jaffe Center for Strategic Studies: „A Further Turn to the Right Israeli Public Opinion on National Security – 2002“, in: *Strategic Assessment*, Vol. 5, No. 1, June 2002, <http://www.tau.ac.il/jcss/sa/v5n1p4Ari.html>, 25.11.2002.

²⁹ „Palestinians say something similar. „We don't have F-16s, Apache helicopters or missiles,“ said Abdelaziz Rantisi, a spokesman for the Islamic Resistance Movement, called by the acronym Hamas, which has claimed responsibility for more suicide bombings against Israel than any other Palestinian group. „They are attacking us with weapons against which we can't defend ourselves. And now we have a weapon they can't defend themselves against.“ He added, „We believe this weapon creates a kind of balance, because this weapon is like an F-16.“ Unlike any other weapon in the lowtech arsenals of the Palestinians – assault rifles, hand grenades, mortars and a few homemade rockets – the suicide bomber has an extended reach, enabling Palestinian Fighters to strike deep into the heart of Israel. This has been a major frustration for Israeli military commanders, who have a tradition of taking the battle to enemy territory. Lieutenant-Colonel Olivier Rafowicz, an Israeli military spokesman, put it this way. „You have a combatant with 20 to 30 pounds of TNT.“ (About 9 to 14 kilograms.) „Add a human brain, and you get a smart bomb. It's a new kind of battlefield.“ Zitiert nach *International Herald Tribune*, Molly Moor John Ward Anderson, 19.08.2002, Titelseite, „Suicide bombers give an edge to Palestinians. Tactics shift military balance in conflict.“

³⁰ Vgl.: Inge Günther: „Propaganda für den Tod“, in: *Frankfurter Rundschau Magazin*, 27.07.2002, und Amira Hass: „Making life difficult for the Palestinian peace camp“, in: *Ha'aretz*, 14.08.2002.

³¹ Zugleich ist jedoch klar geworden, daß auch die israelische Armee im Zuge einer militärischen Konfrontation letztlich keinen Sieg erreichen kann, der zu einer dauerhaften Wahrung der israelischen Sicherheitsinteressen führen würde. Vergl. dazu: Lothar Rühl: „Israelische Vergeltung ohne Abschreckung“, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 01.12.2000.

³² Nach der Initiative des palästinensischen Innenministers Jichia, auf palästinensischer Seite eine absolute Waffenruhe unter Einbeziehung der radikalen oppositionellen Gruppen zu erreichen, veröffentlichte die Fatah-Bewegung Mitte September 2002 ein Dokument, das alle palästinensischen Gruppen zum Verzicht auf Gewalt gegen israelische Zivilisten aufrief. Vergl.: Jörg Bremer: „Gewaltverzicht ohne Waffenruhe“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18.09.2002.

³³ Die jüngsten Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Westbank und dem Gazastreifen (bis einschließlich 2000) finden sich auf der Webseite der Weltbank unter: <http://devdata.worldbank.org/external/CPPProfile.asp?SelectedCountry=WBG&CCODE=WBG&CNAME=West+Bank+and+Gaza&PTYPE=CP>, 17.09.2002.

³⁴ Vergl. Weltbank: *Fifteen Months – Intifada, Closure and Palestinian Economic Crisis. An Assessment*, 18.03.2002.

³⁵ Vergl.: „People under Siege. Palestinian Economic Losses“, Webseite des *Palestinian Economic Council for Development & Reconstruction (PECDAR)*, <http://www.pecdar.org/default2.asp?tree=2418>, 17.09.2002.

³⁶ Vergl.: Weltbank-Report: *Fifteen Months – Intifada, Closure and Palestinian Economic Crisis. An Assessment*, S. 114.

³⁷ *Oslo Declaration of Principles*, 13.09.1993, Art. VIII: „In order to guarantee public order and internal security for the Palestinians of the West Bank and the Gaza Strip, the Council will establish a strong police force...“.

³⁸ Vergl.: Human Rights Watch Report: *Justice Undermined: Balancing Security and Human Rights in the Palestinian Justice System*, Vol. 13, No. 4, November 2001.

³⁹ Vergl.: Bernard Wasserstein: a.a.O., S. 364ff.

⁴⁰ Siehe dazu auch David Makovsky: „Middle East Peace Through Partition“ in: *Foreign Affairs* March/April 2001, S. 28-45, S. 30: „[T]he conflict runs far deeper. Palestinians and Israelis have radically different historical narratives. These predate the occupation that began in 1967; they go to each side's self-conception as a historical victim, and they have engendered much mutual hatred.“ Gerade deswegen, so argumentiert auch Makovsky, müsse man von den historischen Wurzeln dieses Konflikts absehen und sich auf die konkreten, politisch veränderbaren Punkte konzentrieren.

⁴¹ Anlässlich der Auseinandersetzung um die Kontrolle über das mit einer Waffenlieferung beladene Schiff *Altalena* ordnete Ben Gurion den Beschuss des Schiffes durch die reguläre Armee an, um seine Landung vor Tel Aviv und die Übergabe der Waffen an Einheiten der Irgun zu verhindern, die vertraglich zur Eingliederung in die reguläre israelische Armee verpflichtet war. Durch den Beschuss der Armee wurden 16 Mitglieder der Irgun getötet. Vergl.: Benny Morris, a.a.O., S. 236-237.

⁴² Der palästinensische Journalist Daoud Kuttub beschreibt eben dieses Verhalten als kennzeichnend für Arafats politische Strategie: „Es gibt verschiedene Interpretationen, warum Arafat selten eine klare und ehrliche Antwort geben kann, egal zu welchem Thema. [...] Andere sagen, daß der Palästinensereführer einfach gezwungen ist zu lügen und zu tricksen, weil die palästinensische Position so schwach ist.“ (Vergl.: *Frankfurter Rundschau Magazin*, 27.07.2002).

⁴³ Flüchtlingslager in den palästinensischen Gebieten:

	Westbank	Gazastreifen	Gesamt/ Durchschnitt
Registrierte Flüchtlinge (RF)	626.532	878.977	3.973.360
Zuwachs RF gegenüber d. Vorjahr (%)	3.1	3.1	2,5
Anteil RF/geschätzte Gesamtbevölkerung (%)	32.0	83.1	32,7
Anteil RF/Gesamtzahl RF (%)	16	22	100
Flüchtlingslager	19	8	59
RF in Flüchtlingslagern (RFf)	168.507	468.071	1.262.867

Anteil RFF/RF	27	53	32
---------------	----	----	----

Quelle: UNRWA, Stand 30. Juni 2002.

⁴⁴ Vergl.: Ariel Sharon/David Chanoff, a.a.O., S. 258-260.

⁴⁵ Zur Bedeutung einer Einbeziehung der wirtschaftlichen Sphäre siehe: Ze`ev Schiff: „Gaza first, once again“, in: *Ha`aretz*, 07.08.2002.